

November 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse.....	2
CDU-Vorsitz: Stärkster Zuspruch für Kramp-Karrenbauer	3
Ein Drittel der CDU-Anhänger befürwortet konservativere Ausrichtung der Partei	4
CDU: Große Mehrheit begrüßt Diskussion um Neuausrichtung der Partei	5
SPD: Mehrheit ihrer Anhänger sieht keine Fortschritte bei Erneuerung	6
Grüne: Drei Viertel finden Einsatz für offene und tolerante Gesellschaft gut	7
Politikerbewertung: Merkel mit Ansehenszuwachs auf Platz 1, Seehofer rutscht auf neuerliches Rekordtief	8
Mehrheit für volle Amtszeit von Kanzlerin Merkel.....	9
Seehofer: Drei Viertel für Rückzug aus der Bundesregierung	10
Drei Viertel unzufrieden mit der Bundesregierung	11
Sonntagsfrage: Grüne mit großem Plus auf 23 Prozent	12
Rentenbeschluss der Bundesregierung findet breite Akzeptanz	14

ARD – DeutschlandTREND November 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.006 Befragte Sonntagsfrage: 1.506 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	12. bis 13. November 2018 Sonntagsfrage: 12. bis 14. November 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Seit der Ankündigung von Angela Merkel nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren, haben sich eine Reihe von Bewerberinnen und Bewerbern für ihre Nachfolge in Stellung gebracht. Von den drei aussichtsreichsten Kandidaten kann die Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer innerhalb der CDU-Anhängerschaft derzeit am meisten überzeugen: Für sie würden sich 46 Prozent entscheiden, für den früheren Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz 31 Prozent und für den Gesundheitsminister Jens Spahn 12 Prozent. Im Zuge der Personaldiskussion wird auch über den künftigen inhaltlichen Kurs der CDU debattiert. Aus Sicht der meisten CDU-Anhänger (48 Prozent) ist die Partei derzeit genau richtig aufgestellt. Ein knappes Drittel (31 Prozent) wünscht sich eine konservativere Positionierung. Jeder siebte Anhänger hält die Christdemokraten aktuell für zu konservativ (15 Prozent). Im Vergleich zum Frühjahr ist der Wunsch der CDU-Anhänger nach einer konservativeren Ausrichtung allerdings stärker geworden (+12 Punkte). Die Diskussion über die Ausrichtung der CDU wird von einer deutlichen Mehrheit der Bundesbürger (87 Prozent) begrüßt. Auch deren Anhänger befürworten es, dass in der Partei offen über die Neuausrichtung der Partei diskutiert wird (92 Prozent). Eine inhaltliche Positionsbestimmung wird sicherlich nicht zuletzt deshalb als positiv erachtet, weil die Hälfte der Deutschen (50 Prozent) inhaltliche Klarheit bei der CDU vermisst. 50 Prozent konstatieren zudem, dass die CDU in den letzten Jahren in der Bundesregierung nichts erreicht hat, was besonders aufgefallen wäre.

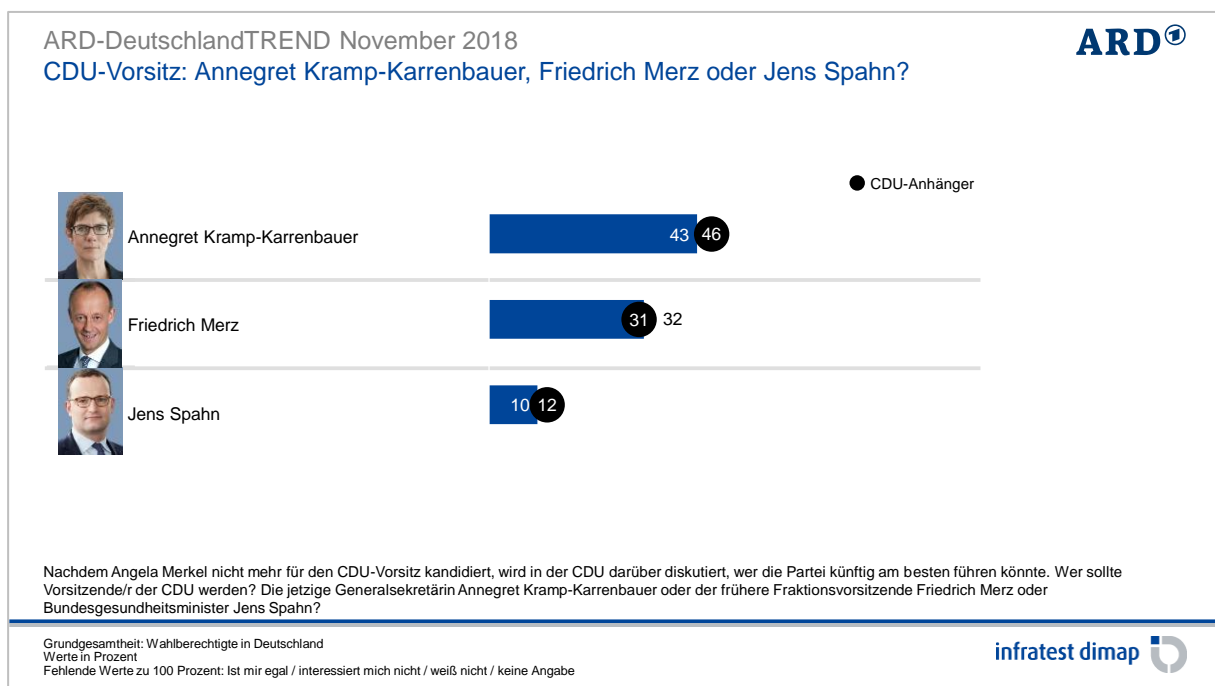
Noch stärker als die CDU steht der sozialdemokratische Koalitionspartner in der Kritik. Gut zwei Drittel der Bürger (68 Prozent) finden, dass man bei der SPD nicht wisse, wofür sie eigentlich steht. Auch jeder zweite SPD-Anhänger (46 Prozent) beklagt eine inhaltliche Orientierungslosigkeit. Eine große Mehrheit (75 Prozent) kritisiert außerdem, dass die Erneuerung der SPD unter der Ägide von Andrea Nahles nicht gut vorankommt – das gilt auch für das Gros der SPD-Anhänger (58 Prozent). Erstmals seit vier Monaten liegt Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder auf Platz 1 der beliebtesten Politiker in Deutschland: Mit ihrer Arbeit sind 50 Prozent zufrieden, ein Plus von 6 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Im Unterschied dazu verlieren die Vorsitzenden der beiden anderen Regierungsparteien weiter Rückhalt in der Bevölkerung. Die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles muss mit einer Zustimmungsrate von 26 Prozent nicht nur einen Verlust von 4 Punkten gegenüber dem Vormonat, sondern auch die schlechteste Bewertung seit ihrem Eintritt ins Bundeskabinett 2013 verkraften. Der CSU-Vorsitzende und Innenminister Horst Seehofer verzeichnet mit einer Zustimmungsrate von nur noch 20 Prozent seinen niedrigsten bisher gemessenen Wert im ARD-DeutschlandTREND. Mehr als die Hälfte der Deutschen (56 Prozent) würde es begrüßen, wenn Kanzlerin Merkel bis zur nächsten Wahl im Amt bleibt. Anders bei Seehofer: Drei Viertel (73 Prozent) sind der Meinung, er solle das Amt des Innenministers abgeben.

Ein deutliches Plus für die Grünen ist nach Ansicht der Bürger (75 Prozent), dass sie sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Ihre klare Haltung wirkt sich auch deshalb positiv für die Grünen aus, weil im Gegensatz zu SPD und CDU nur eine Minderheit unzureichende inhaltliche Klarheit bei den Grünen bemängelt (28 Prozent). Auch teilt immer noch die Hälfte (50 Prozent) die Auffassung, derzufolge sich einzig die Grünen wirklich um den Klimaschutz kümmern. Die politische Stimmung ist günstig für die Grünen, für sie würden sich aktuell 23 Prozent der Wähler entscheiden (+6 Punkte gegenüber dem ARD-DeutschlandTREND unmittelbar vor der Bayern-Wahl). Zuletzt erreichten sie im August 2011 nach der Fukushima-Katastrophe ein solches Stimmenniveau. Die CDU/CSU könnte unverändert 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die SPD verliert leicht und kommt nur noch auf 14 Prozent (-1) – erneut Rekordtief im ARD-DeutschlandTREND. Auch AfD (14 Prozent, -2), Linke (9 Prozent, -1) und FDP (8 Prozent, -2) müssen Verluste hinnehmen.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

CDU-Vorsitz: Stärkster Zuspruch für Kramp-Karrenbauer

Seit der Ankündigung von Angela Merkel, auf dem CDU-Parteitag im Dezember nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren zu wollen, haben sich eine Reihe von Bewerberinnen und Bewerbern für ihre Nachfolge in Stellung gebracht. Zu den mit Abstand aussichtsreichsten Kandidaten gehören die Generalsekretärin der Partei, Annegret Kramp-Karrenbauer, der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Friedrich Merz, und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. Von diesen drei Kandidaten kann die Generalsekretärin die CDU-Anhängerschaft am meisten überzeugen: Für Kramp-Karrenbauer würden sich 46 Prozent entscheiden, für Merz 31 Prozent und für Spahn 12 Prozent der CDU-Anhänger.

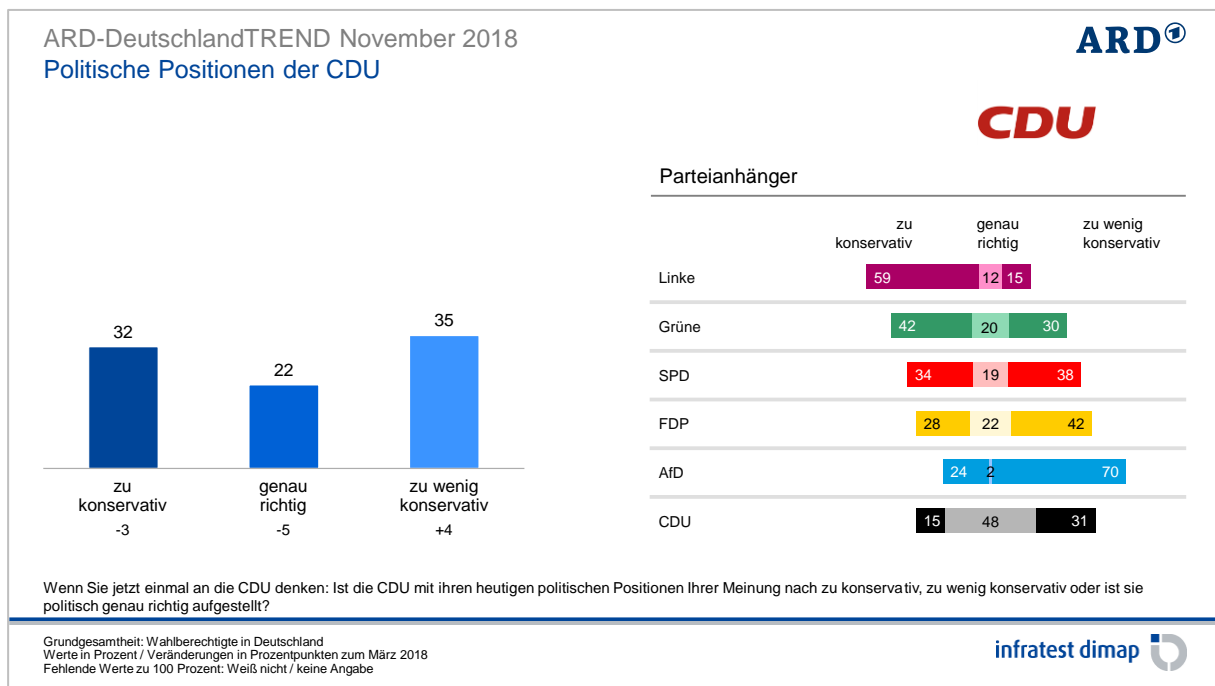


Ginge es bei der Wahl nach dem Willen aller wahlberechtigten Bundesbürger, fiel das Ergebnis ähnlich aus: Die Generalsekretärin trauen 43 Prozent am ehesten zu, die Partei zu führen. 32 Prozent setzen auf Friedrich Merz, Jens Spahn vermag lediglich 10 Prozent zu überzeugen.

Deutlich unterschiedliche Präferenzen äußern Männer und Frauen. Während bei den Männern Annegret Kramp-Karrenbauer und Friedrich Merz mit 37 bzw. 39 Prozent annähernd gleichauf liegen, führt die Generalsekretärin bei den Frauen mit 50 Prozent deutlich vor Merz mit 26 Prozent.

Ein Drittel der CDU-Anhänger befürwortet konservativere Ausrichtung der Partei

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Nachfolge von Angela Merkel im Amt der Parteivorsitzenden wird auch über den künftigen politischen Kurs der CDU debattiert. Aus Sicht der meisten CDU-Anhänger (48 Prozent) ist die Partei derzeit genau richtig aufgestellt. Ein knappes Drittel (31 Prozent) wünscht sich eine konservativere Positionierung. Jeder siebte Anhänger hält die Christdemokraten aktuell für zu konservativ (15 Prozent). Im Vergleich zum Frühjahr ist der Wunsch der CDU-Anhänger nach einer konservativeren Ausrichtung stärker geworden (+12 Punkte).

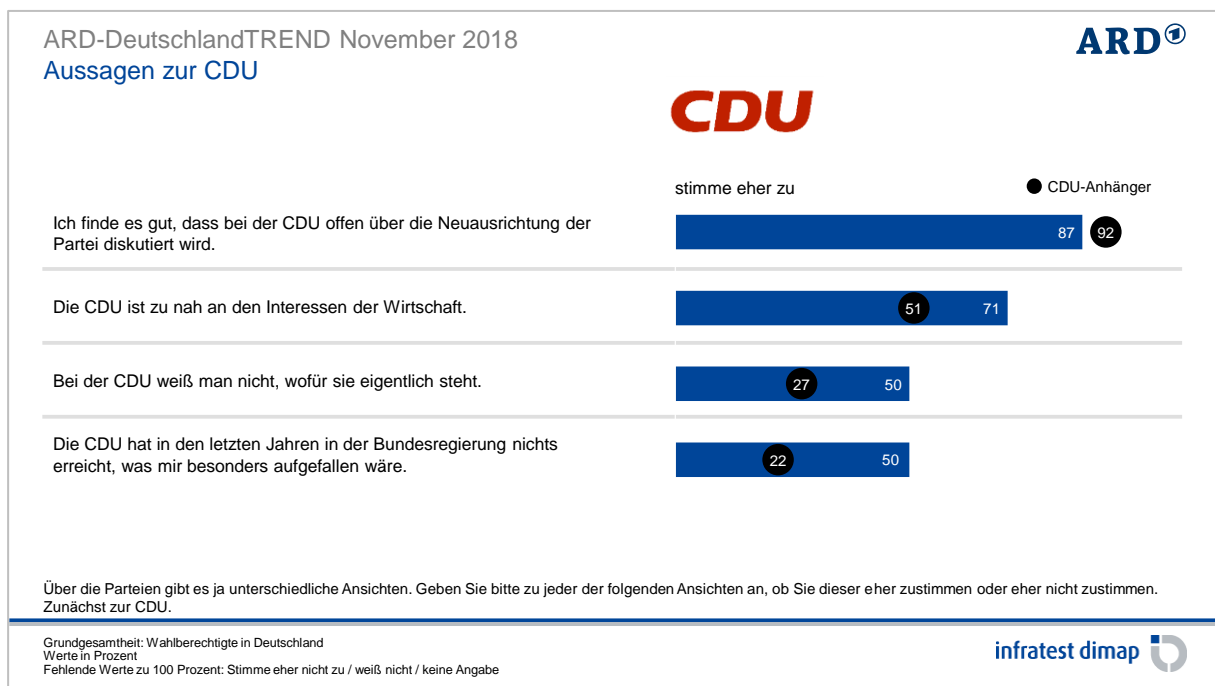


Bei den Anhängern der anderen Parteien hängt die Einschätzung zur Positionierung der CDU stark vom eigenen politischen Standpunkt ab. In den Reihen der Linken und der Grünen halten Mehrheiten die CDU für zu konservativ, die Wähler der FDP und insbesondere der AfD beklagen hingegen eine unzureichende Berücksichtigung konservativer Werte.

In der Gesamtbevölkerung ist die Einschätzung der Positionierung der CDU ausgewogener. Ein gutes Fünftel (22 Prozent) der Bundesbürger sieht die Christdemokraten genau richtig positioniert. Jeweils rund ein Drittel hält die CDU aktuell für zu konservativ (32 Prozent) bzw. würde eine konservativere Ausrichtung bevorzugen (35 Prozent).

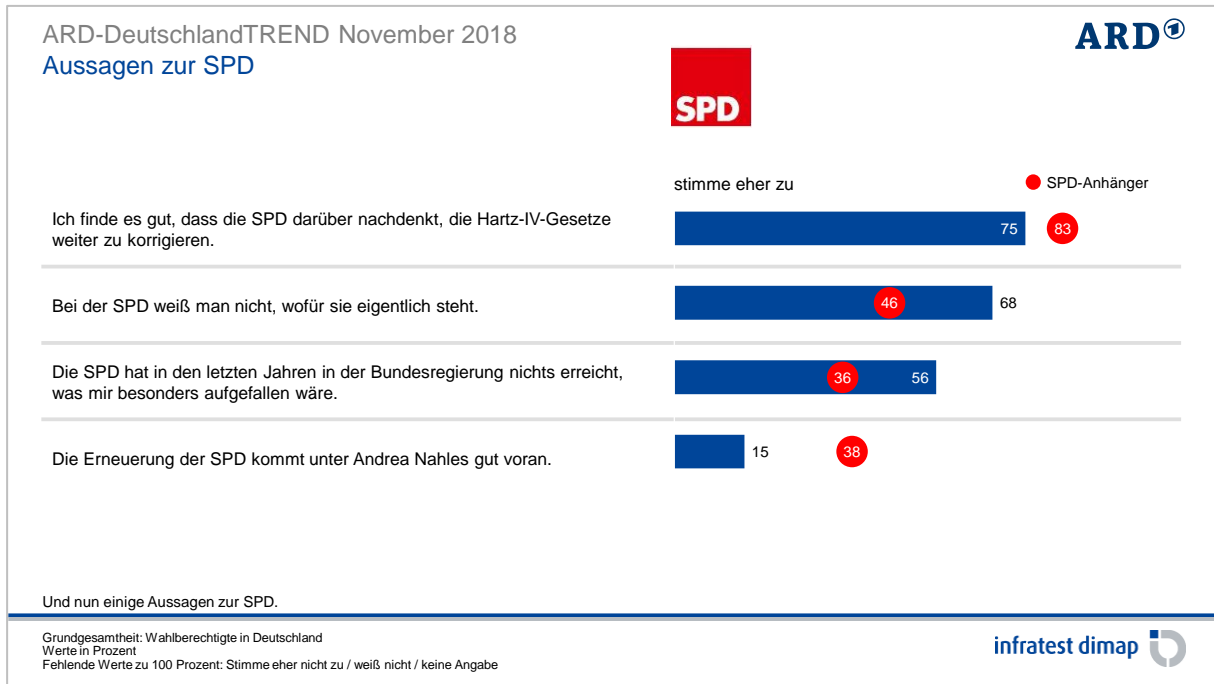
CDU: Große Mehrheit begrüßt Diskussion um Neuausrichtung der Partei

Seit Angela Merkel angekündigt hat nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren, wird auch über die Ausrichtung der CDU diskutiert. Eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger (87 Prozent) begrüßt, dass diese Diskussion geführt wird. Auch die Anhänger der CDU befürworten es, dass in der Partei offen über die Neuausrichtung der Partei diskutiert wird (92 Prozent). Eine inhaltliche Positionsbestimmung wird sicherlich nicht zuletzt deshalb als positiv erachtet, weil die Hälfte der Deutschen (50 Prozent) inhaltliche Klarheit bei der CDU vermisst. Und auch die Regierungserfolge der CDU stoßen auf verhaltene Resonanz: 50 Prozent konstatieren, dass die CDU in den letzten Jahren in der Bundesregierung nichts erreicht hat, was besonders aufgefallen wäre. Eine Mehrheit (71 Prozent) beklagt außerdem eine zu große Wirtschaftsnähe der CDU.



SPD: Mehrheit ihrer Anhänger sieht keine Fortschritte bei Erneuerung

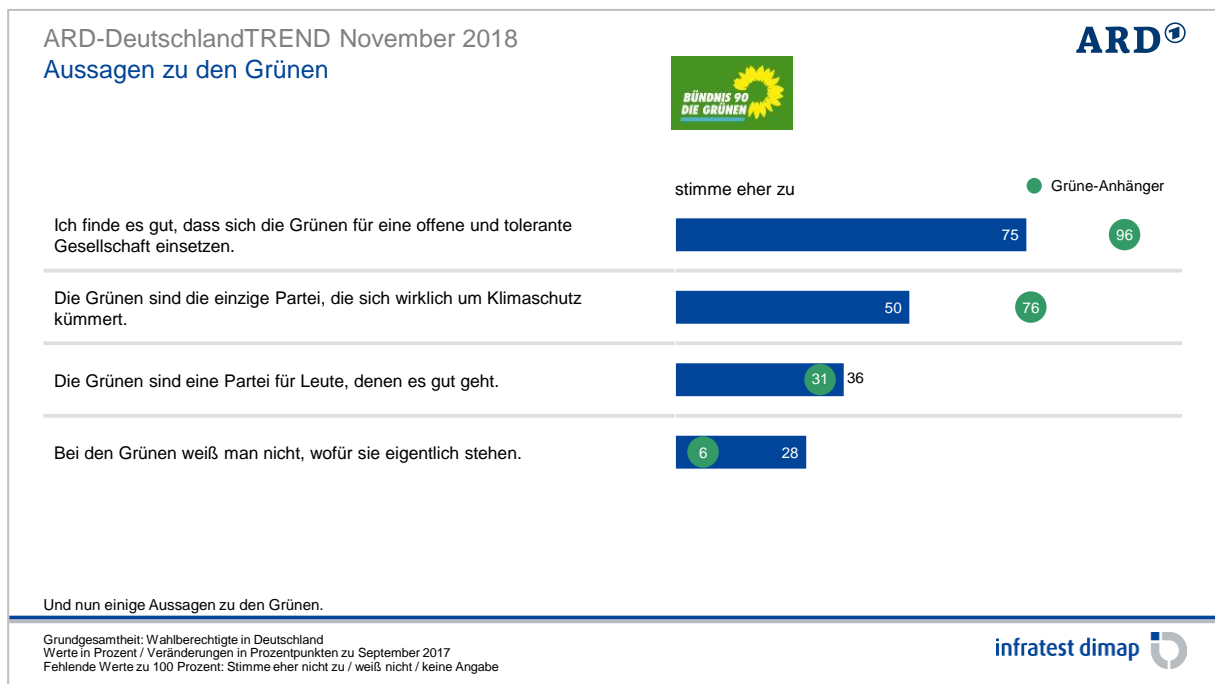
Noch stärker als die CDU steht der sozialdemokratische Koalitionspartner in der Kritik. Gut zwei Drittel der Bürger (68 Prozent) finden, dass man bei der SPD nicht wisse, wofür sie eigentlich steht. Auch jeder zweite SPD-Anhänger (46 Prozent) beklagt eine inhaltliche Orientierungslosigkeit. Eine große Mehrheit (75 Prozent) kritisiert außerdem, dass die Erneuerung der SPD unter der Ägide von Andrea Nahles nicht gut vorankommt - das gilt auch für das Gros der SPD-Anhänger (58 Prozent).



Gut die Hälfte aller Bürger (56 Prozent) kann keine sozialdemokratischen Regierungserfolge in den letzten Jahren ausmachen, die besonders aufgefallen wären. Auf mehrheitliche Zustimmung (75 Prozent) stößt allerdings, dass die SPD darüber nachdenkt, die Hartz-IV-Gesetze weiter zu korrigieren – auch in der eigenen Anhängerschaft (83 Prozent).

Grüne: Drei Viertel finden Einsatz für offene und tolerante Gesellschaft gut

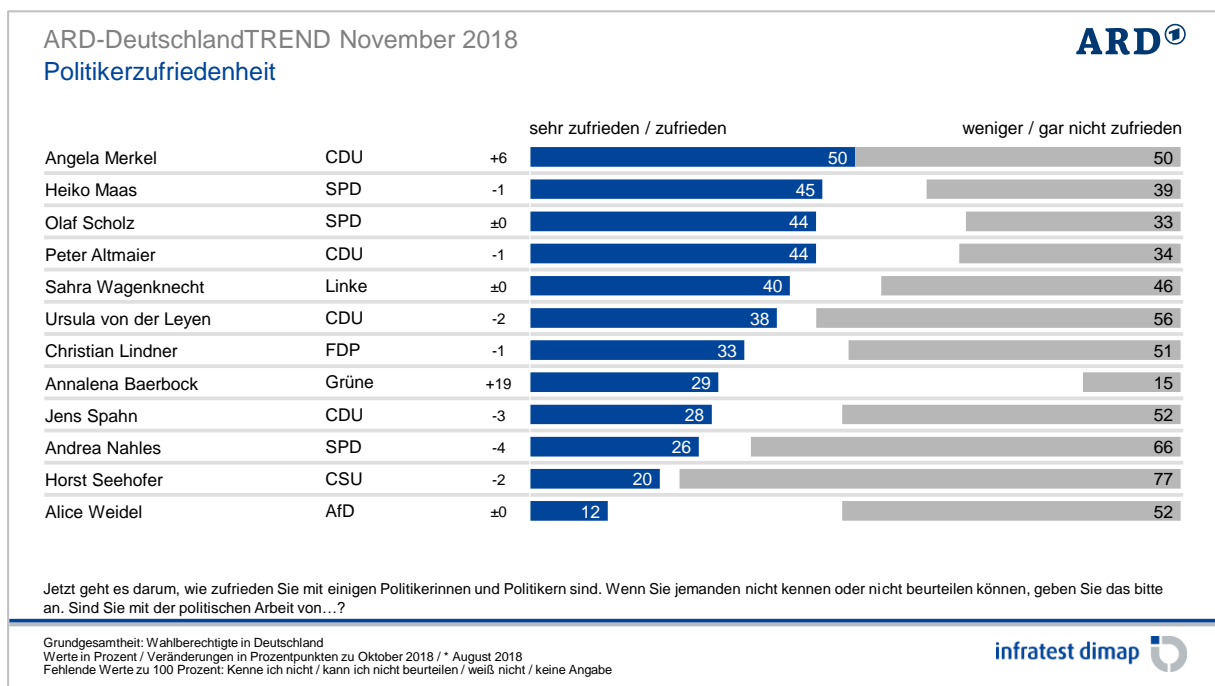
Ein deutliches Plus für die Grünen ist nach Ansicht der Bürger (75 Prozent), dass sie sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Ihre klare Haltung wirkt sich auch deshalb positiv für die Grünen aus, weil im Gegensatz zu SPD und CDU nur eine Minderheit beklagt (28 Prozent), dass man nicht wisse, wofür die Grünen eigentlich stehen. Zwar gilt der Umweltschutz nicht mehr als ihr Alleinstellungsmerkmal, aber immer noch die Hälfte (50 Prozent) ist der Auffassung, dass sich einzig die Grünen wirklich um den Klimaschutz kümmern.



Der Vorwurf, dass die Grünen nur eine Partei für Leute sind, denen es gut geht, wird von 36 Prozent erhoben, 57 Prozent sind gegenteiliger Auffassung.

Politikerbewertung: Merkel mit Ansehenszuwachs auf Platz 1, Seehofer rutscht auf neuerliches Rekordtief

Erstmals seit vier Monaten liegt Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder auf Platz 1 der beliebtesten Politiker in Deutschland. Nach ihrer Ankündigung, sich im Dezember vom CDU-Parteivorsitz und spätestens 2021 auch aus dem Kanzleramt zurückzuziehen, äußert sich die Hälfte der Deutschen über ihre Arbeit sehr zufrieden bzw. zufrieden (50 Prozent) – ein Plus von 6 Punkten im Vergleich zu Oktober. Mit dieser Bewertung vermag Merkel allerdings nicht an frühere Beliebtheitswerte in der letzten Legislaturperiode anzuknüpfen. Im Unterschied zur CDU-Chefin verlieren die Vorsitzenden der beiden anderen Regierungsparteien weiter Rückhalt in der Bevölkerung. Die SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles muss mit einer Zustimmungsrate von 26 Prozent nicht nur einen Verlust von 4 Punkten gegenüber dem Vormonat, sondern auch die schlechteste Bewertung seit ihrem Eintritt ins Bundeskabinett 2013 verkraften. Der CSU-Vorsitzende und Innenminister Horst Seehofer verzeichnet mit einer Zustimmungsrate von nur noch 20 Prozent seinen niedrigsten bisher gemessenen Wert im ARD-DeutschlandTREND. Gut drei Viertel (77 Prozent) sind mit seiner Arbeit unzufrieden. Auch eine große Mehrheit in der Unions-Anhängerschaft sieht sein politisches Wirken kritisch (28:70 Prozent).



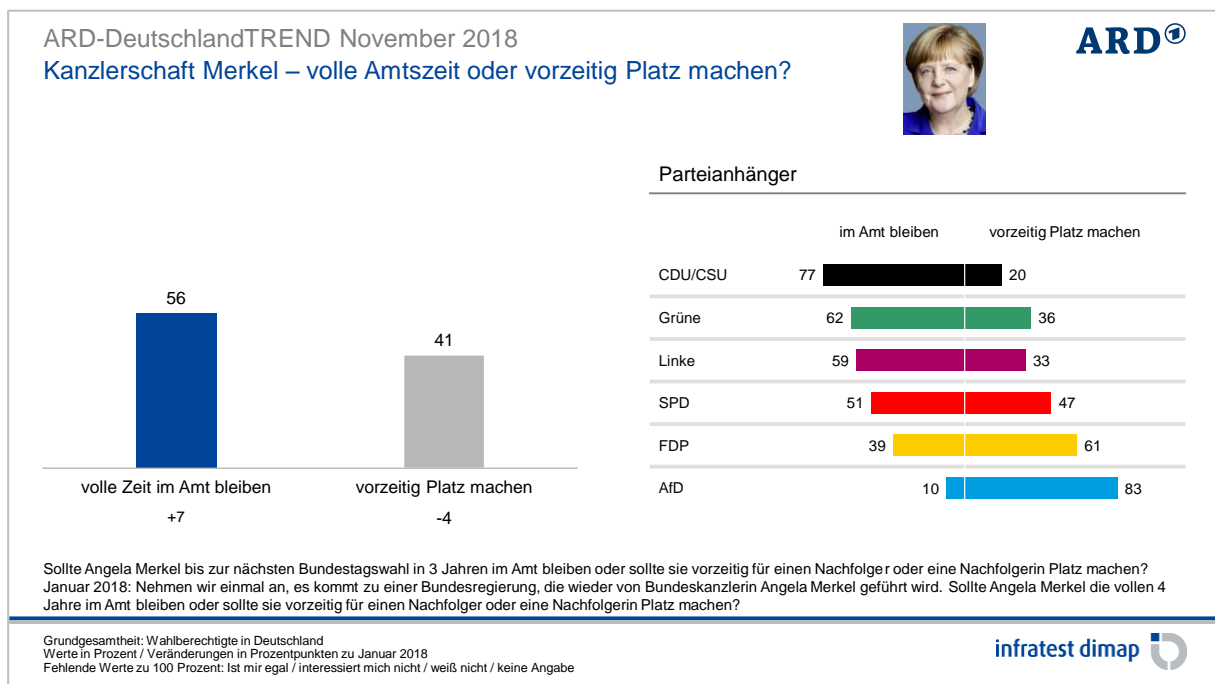
Außenminister Heiko Maas (45 Prozent, -1) und Finanzminister Olaf Scholz (44 Prozent, +/-0), beide SPD, sowie CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier (44 Prozent, -1) führen mit nahezu unveränderten Bewertungen das Mittelfeld an. Leichte Verluste müssen sowohl Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (38 Prozent, -2) als auch Gesundheitsminister Jens Spahn (28 Prozent, -3), beide CDU, hinnehmen.

Von den in diesem Monat abgefragten Vertretern der Opposition bekommt die Fraktionsvorsitzende der Linken Sahra Wagenknecht (40 Prozent, +/-0) die größte Zustimmung. Der FDP-Vorsitzende

Christian Lindner überzeugt weiterhin ein Drittel der Bevölkerung (33 Prozent, -1) mit seiner politischen Arbeit. Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock steigert im Vergleich zum August dieses Jahres ihre Bekanntheit deutlich und wird aktuell von 29 Prozent der Bürger für ihre Arbeit gelobt (+19 Punkte). Gut die Hälfte der Bevölkerung vermag sich allerdings über Baerbock weiterhin kein Urteil zu bilden. Die AfD-Politikerin Alice Weidel, Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Bundestag, findet den geringsten Rückhalt: Mit ihrem Wirken sind lediglich 12 Prozent zufrieden.

Mehrheit für volle Amtszeit von Kanzlerin Merkel

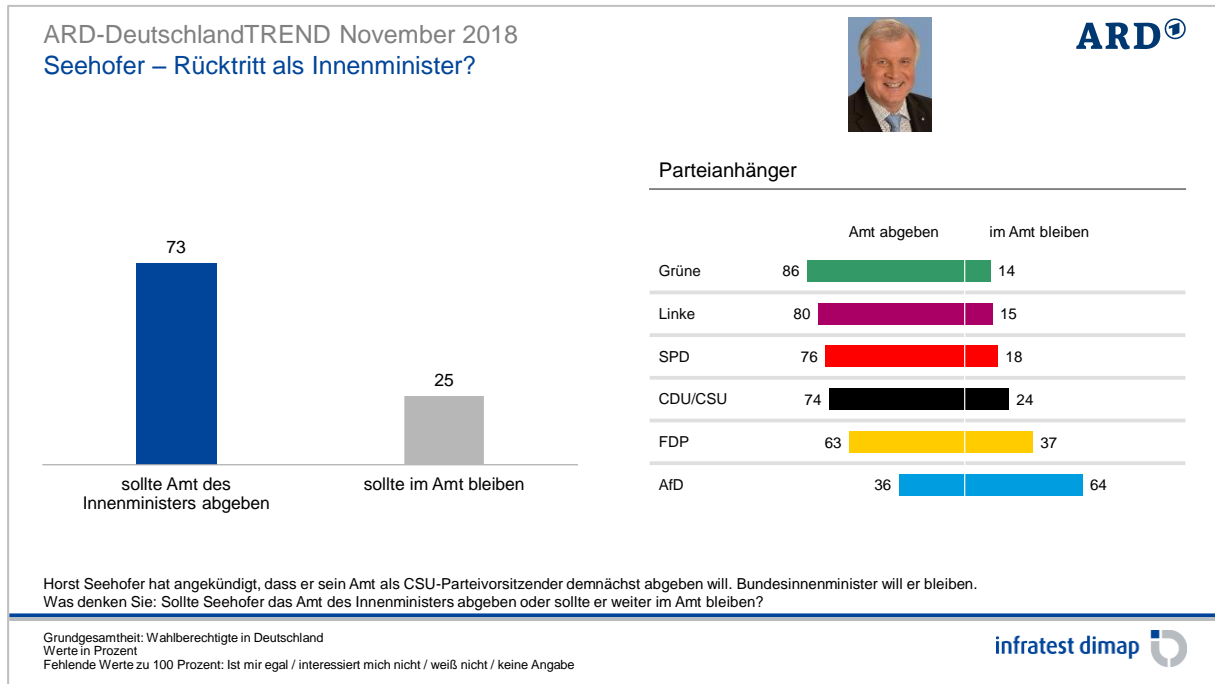
Angela Merkel hat bei ihrer Erklärung zum Rückzug vom Parteivorsitz auch angekündigt, dass sie das Amt der Regierungschefin bis zum Ende der Legislaturperiode ausüben will. Diese Absicht wird von 56 Prozent der Bevölkerung begrüßt, während 41 Prozent es lieber sehen würden, wenn sie vorzeitig für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin Platz machen würde. Offensichtlich hat Merkel durch ihren angekündigten Rückzug politischen Druck aus der Debatte über ihre Zukunft genommen, denn im Januar dieses Jahres fiel die Frage nach einer vollen Amtszeit oder einem vorzeitigen Rücktritt von Angela Merkel weniger deutlich aus (49:45 Prozent).



Mehrheiten in den Reihen der Union, aber auch bei den Oppositionsparteien Grüne und Linke plädieren für einen Verbleib Merkels im Kanzleramt bis zum Ende der Legislaturperiode. Die Anhänger der SPD sind in der Frage geteilter Meinung. Demgegenüber sprechen sich die Wähler der FDP und der AfD überwiegend für einen vorzeitigen Rücktritt aus.

Seehofer: Drei Viertel für Rückzug aus der Bundesregierung

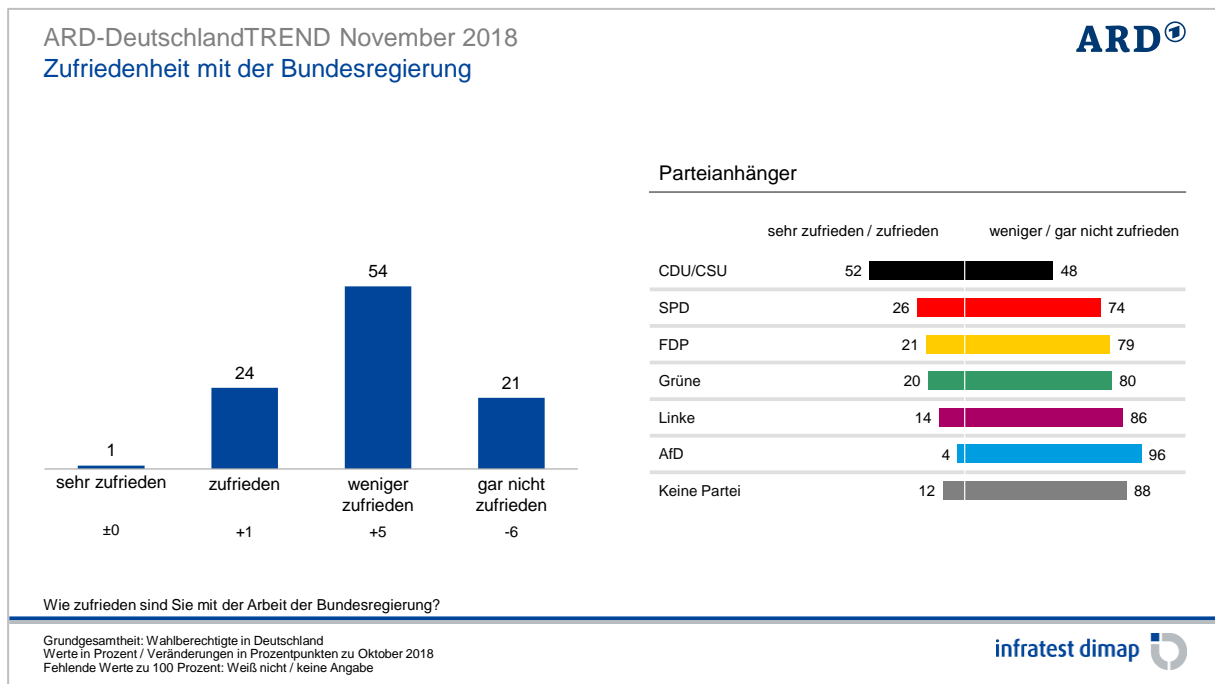
Horst Seehofer hat angekündigt den CSU-Parteivorsitz demnächst abzugeben. Zugleich hat er bekräftigt, Bundesinnenminister bleiben zu wollen. In der Bevölkerung findet sein Verbleib im Bundeskabinett – anders als bei Angela Merkel – wenig Unterstützung: Drei Viertel der Deutschen (73 Prozent) sind der Meinung, er solle das Amt des Innenministers abgeben. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) ist der Auffassung, dass Seehofer weiter im Amt bleiben soll.



Der Wunsch nach einem Rückzug Seehofers aus der Bundesregierung ist auch in der Unions-Anhängerschaft weit verbreitet: 74 Prozent plädieren für seinen Rückzug von der Spitze des Innenministeriums. Dies gilt überwiegend auch für die Anhängerschaften der anderen Parteien, mit Ausnahme der AfD: Deren Anhängerschaft will Seehofer mehrheitlich als Innenminister behalten.

Drei Viertel unzufrieden mit der Bundesregierung

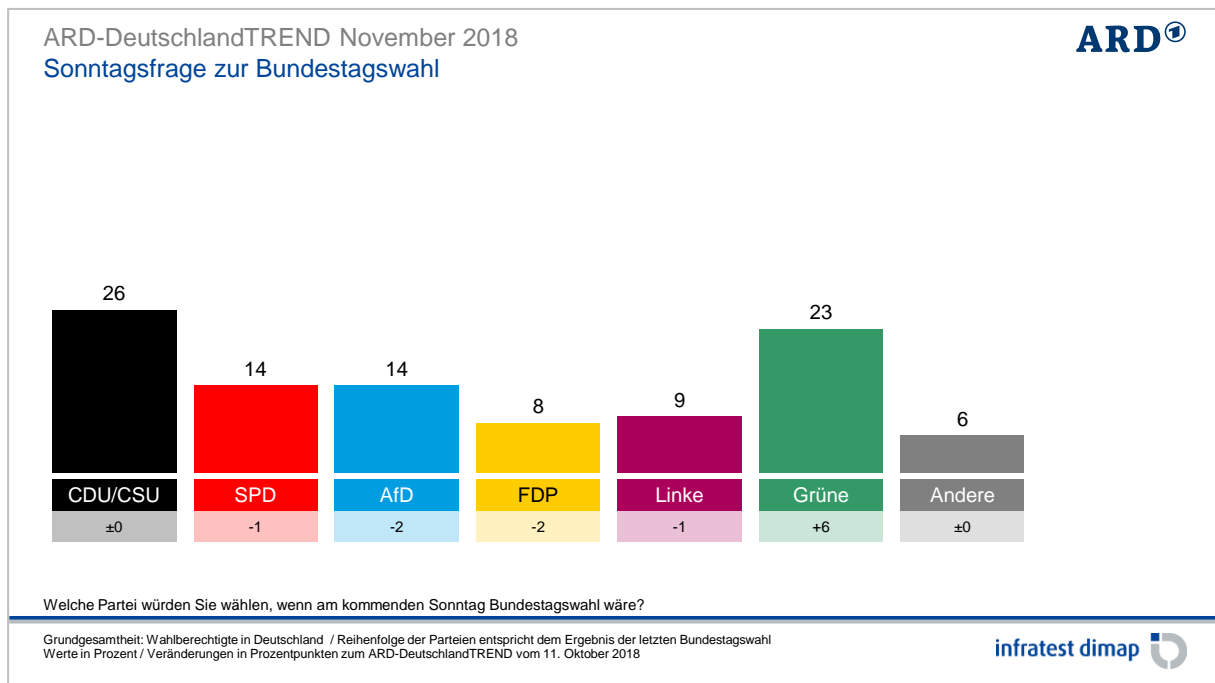
Nach den beiden bundespolitisch beeinflussten Landtagswahlen im Oktober, bei denen die Berliner Regierungsparteien starke Verluste verkraften mussten, bleibt die Bundesregierung im Ansehens-tief. Nach wie vor sind drei Viertel der Deutschen weniger (54 Prozent) oder gar nicht zufrieden (21 Prozent) mit der Arbeit der Koalition aus CDU/CSU und SPD. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) äußert sich zufrieden über den Kurs des Berliner Kabinetts.



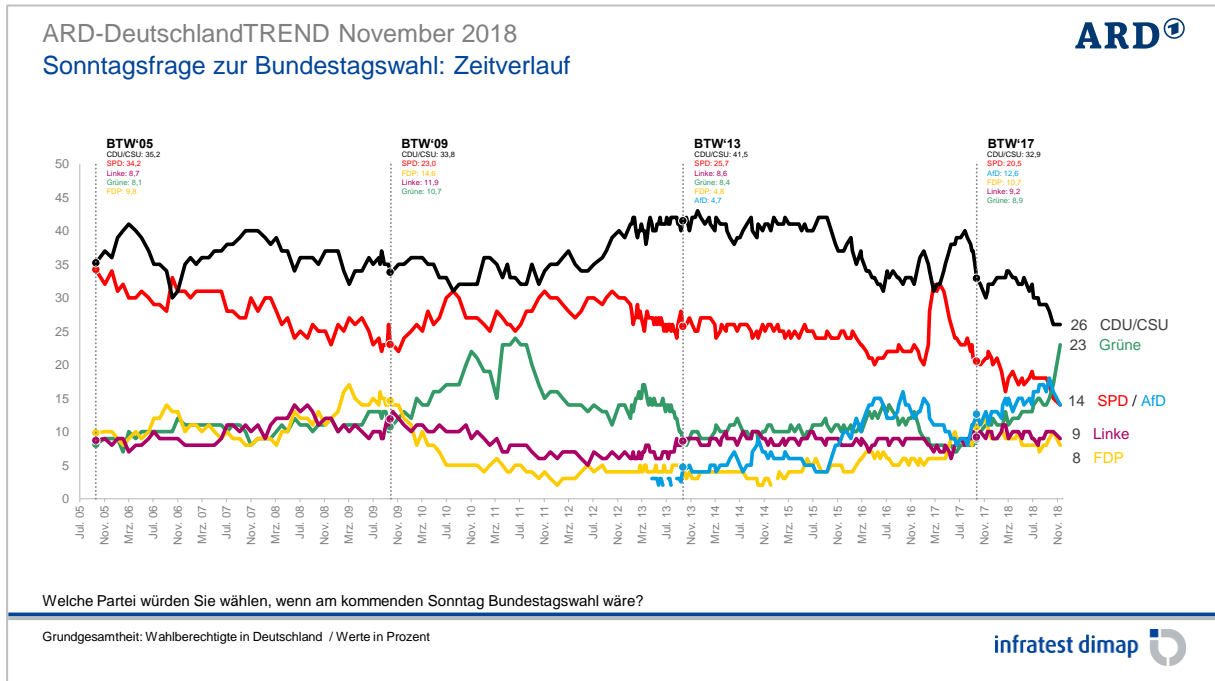
Bei den Unions-Anhängern überwiegt die positive Bewertung der Regierungsleistung – wenn auch nur mit knapper Mehrheit (52:48 Prozent). Die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Anhängerschaft ist weiterhin für eine Regierungspartei ungewöhnlich hoch (26:74 Prozent). Gleiches gilt für die Anhänger der Oppositionsparteien.

Sonntagsfrage: Grüne mit großem Plus auf 23 Prozent

Von der schlechten Bewertung der Bundesregierung profitieren die Grünen. Wäre bereits jetzt Bundestagswahl, würden sich 23 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Grünen entscheiden, ein Plus von 6 Punkten gegenüber dem letzten ARD-DeutschlandTREND unmittelbar vor der bayerischen Landtagswahl. Zuletzt verzeichneten die Grünen im August 2011 nach der Atomkatastrophe in Fukushima einen solchen Wert bei der Sonntagsfrage. Die CDU/CSU könnte unverändert 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Die SPD verliert leicht und kommt nur noch auf 14 Prozent (-1) – erneut Rekordtief im ARD-DeutschlandTREND. Auch die AfD verliert und liegt mit 14 Prozent (-2) gleichauf mit den Sozialdemokraten. Verluste in der Wählergunst müssen auch Linke (9 Prozent, -1) und FDP (8 Prozent, -2) hinnehmen. Alle anderen Parteien würden zusammengenommen 6 Prozent (+/-0) erreichen.



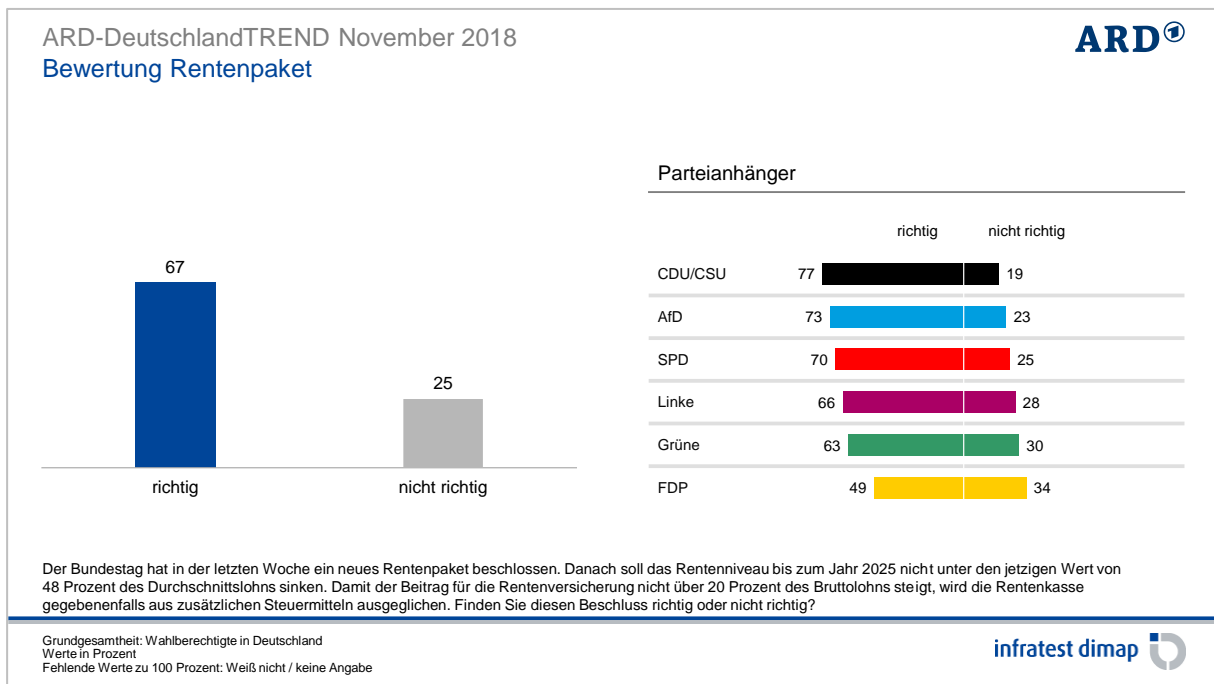
Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs würden die drei Regierungsparteien zusammen nur 40 Prozent erreichen und wären damit von einer Mehrheit im Parlament weit entfernt. Ein schwarz-grünes Bündnis würde über eine Mehrheit verfügen.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Rentenbeschluss der Bundesregierung findet breite Akzeptanz

In der letzten Woche hat der Bundestag das Rentenpaket der Bundesregierung verabschiedet. Das Gesetz sieht die Einführung einer doppelten Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz vor. Dadurch soll das Rentenniveau bis zum Jahr 2025 nicht unter den jetzigen Wert von 48 Prozent des Durchschnittslohns sinken und der Beitrag für die Rentenversicherung nicht über 20 Prozent des Bruttolohns steigen. Defizite in der Rentenkasse werden aus zusätzlichen Steuermitteln ausgeglichen. In der Bevölkerung findet das Rentenpaket eine breite Akzeptanz: 67 Prozent finden den Beschluss richtig, 25 Prozent nicht richtig.



In allen Parteianhängerschaften stößt das Rentenpaket überwiegend auf positive Resonanz. Auch bei Bürgern jeglichen Alters wird der Beschluss mehrheitlich begrüßt, wobei die Zustimmung bei den über 65jährigen am größten ausfällt (76 Prozent).

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert